

Susanne Wiesinger mit Jan Thies

Machtkampf im Ministerium



Wie Parteipolitik
unsere Schulen zerstört

ISBN 978-3-200-06697-7
eISBN 978-3-200-06698-4
© Edition QVV, Wien 2020, 2. Auflage
Edition QVV ist ein Verlag der Quo Vadis Veritas Redaktions GmbH



Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und der Autoren unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Vorwort: Konrad Paul Liessmann
Umschlaggestaltung und Satz: Sophie Gudenus
Grafiken: Gerald Gartner (Recherche), Edith Heigl (Visualisierung)
Lektorat: Lucia Marjanović

Druck und Bindung: C. Theiss GmbH, St. Stefan im Lavanttal
Printed in Austria

Besuchen Sie uns im Internet: www.qvv.at und www.addendum.org

Susanne Wiesinger mit Jan Thies

Machtkampf im Ministerium

Wie Parteipolitik
unsere Schulen zerstört

Edition QVV

INHALT

Vorwort von Konrad Paul Liessmann

Einleitung

Die Ombudsstelle:
Vom Klassenzimmer ins Ministerium

Parteilpolitische Vereinnahmung

Streitthema Deutschklassen

Freund-Feind-Denken

Mittelschule als Restschule

Brennpunkt Oberstufe

Problem Ballungsraum

Wiener Boykott

Angst vor Wiener Verhältnissen

Lehrer im Griff der Parteilpolitik

Lügen für den Lehrplan

Missbrauch, Misshandlung, Mindestsicherung

Wenn Eltern zum Problem werden

Anpassung und Unterwerfung

Ohne Sanktionen geht es nicht

Experten, Technokraten, Bürokraten

Gewerkschafter als Reformverhinderer

Falsche Unterstützung

Was jetzt zu tun ist: Zehn Vorschläge

Nachwort

Zahlen, Daten, Fakten

VORWORT

Über die Bedeutung von Bildung für die gedeihliche Entwicklung und die Zukunftschancen einer Gesellschaft sind sich alle einig. Damit aber endet die Übereinstimmung auch schon. Was unter Bildung überhaupt zu verstehen sei, welche Rollen dabei die Vermittlung traditioneller Kulturtechniken, die Entwicklung unterschiedlicher Kompetenzen, der Erwerb von Wissen, die Vorbereitung auf eine digitalisierte Arbeitswelt, das Leben in einer dynamischen und bedrohten Gesellschaft spielen sollen, ist alles andere als ausgemacht. Es verwundert wenig, dass Bildung zu jenen Themen gehört, die gerne in Sonntagsreden mit wohltönenden Phrasen beschworen, ansonsten aber zum Gegenstand erbitterter ideologischer Auseinandersetzungen geworden sind.

Bildungsforscher, Bildungsexperten und Ratgeberinstitutionen zeichnen Wunschbilder, nach denen Bildung schlechthin den Schlüssel zur Lösung aller Probleme darstellt. Bildung soll junge Menschen auf die Zukunft vorbereiten, zu verantwortungsbewussten und kreativen Mitbürgern erziehen, sie soll ihnen Lese- und Medienkompetenz verleihen und sie für Genderfragen sensibilisieren, sie soll sie zu Toleranz und Solidarität, aber auch zur Härte im globalen Wettbewerb erziehen, und nicht zuletzt soll Bildung soziale Ungleichheiten kompensieren und die Konflikte einer Migrationsgesellschaft bewältigen. Da es unmöglich ist, all diese widersprüchlichen Aufgaben bei begrenzten

Ressourcen zu erfüllen, müssen auf dem Reißbrett ständig neue Bildungsreformen, gar Bildungsrevolutionen ausgedacht und eingefordert werden. Je nach ideologischer Ausrichtung sollen dann die Schulen an die Weltspitze herangeführt oder zum Zufluchtsort aller Benachteiligten, zum Motor einer differenzierten Leistungsgesellschaft oder zum Hoffnungsträger für sozialen Ausgleich und die Rettung des Planeten werden. Mit der Realität allerdings hat all dies noch kaum etwas zu tun.

Dass Bildungsutopisten die Wirklichkeit aus dem Blick verlieren, wäre nicht weiter schlimm. Prekär wird es, wenn enge ideologische Konzepte auch die Bildungspolitik und ihre Organe steuern und Entscheidungsträger daran hindern, die Schulwirklichkeit korrekt einzuschätzen und Probleme zu benennen. Im Bildungsbereich ist die Realitätsverleugnung zu einem veritablen Problem geworden. Da das real existierende Bildungsgeschehen den politischen Leitvorstellungen oft wenig entspricht, werden nicht etwa die Ideologien kritisch infrage gestellt, sondern die Realitäten ausgeblendet. Drastisch spürt man dies in allen Fragen, die mit Migration und Integration zu tun haben. Einerseits handelt es sich um ein politisches Minenfeld, in das niemand gerne tappt, andererseits zeigt sich daran besonders deutlich, wie weit sich die pädagogische Realität von politischen Wunschvorstellungen mittlerweile entfernt hat. Wer aus Angst, politisch falsch eingeordnet zu werden, die Augen verschließt, wird wenig zur Lösung von Problemen beitragen.

Die Misere beginnt damit, dass die eigentlichen Akteure im Bildungsgeschehen – Lehrer, Schüler und Eltern – selten gehört werden und ihnen nahezu jede Fähigkeit abgesprochen wird, die Situation, in der sie sich befinden, adäquat einzuschätzen und die richtigen Schlüsse daraus

zu ziehen. Dass Lehrer nicht als sachkundige und kompetente Partner der Bildungspolitik aufgefasst werden, sondern als Dienstleister, die die sprunghaften Reformvorhaben und ideologischen Moden wechselnder Regierungen ohne Widerspruch umzusetzen haben, hat nicht nur mit bürokratischen Hierarchien zu tun, sondern auch mit dem schlechten Image von Lehrpersonen, das nicht zuletzt von zahlreichen Medien herbeigeschrieben wird, was dem gleichzeitig betonten großen Wert der Bildung diametral widerspricht. Nach jedem Pisa-Test, nach jedem dramatischen Vorfall an einer Schule werden dann auch „Experten“ befragt, die mit den Gegebenheiten vor Ort kaum vertraut sind, aber mit guten Ratschlägen nicht geizen.

Was der Bildungsbereich dringend benötigt, sind Sachkenntnis und Nüchternheit. Überzogene Utopien, Hoffnungen und Erwartungen an das Bildungssystem helfen ebenso wenig wie apokalyptische und kulturpessimistische Ängste. In vielen Bereichen arbeiten Österreichs Schulen und engagierte Lehrpersonen ausgezeichnet, in anderen Bereichen gibt es einen Problemdruck, der seine Ursachen in gesellschaftlichen Entwicklungen hat und nicht dem Versagen von Bildungseinrichtungen zugerechnet werden kann. Schulen, das wissen wir, sind genötigt, in einer modernen Gesellschaft viele soziale, integrative, therapeutische und pädagogische Aufgaben zu übernehmen, die über die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten weit hinausgehen. Schulen können nicht alle dieser Anforderungen gleichermaßen gut bewältigen. Mitunter würde man sich ja schon freuen, wenn es Bildungseinrichtungen wenigstens hin und wieder gestattet wäre, sich auf ihr Kerngeschäft, den Unterricht, zu konzentrieren und sie dafür auch die nötigen Mittel und Methoden zuerkannt bekämen.

Nach ihrem aufsehenerregenden Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer“ wurde Susanne Wiesinger als Ombudsfrau für Wertefragen und Kulturkonflikte im Bildungsministerium installiert. Die Erfahrungen im Rahmen dieser Tätigkeiten zeigen, dass der Kulturkampf in den Klassenzimmern in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Machtkämpfen in den Zentralen der Bildungspolitik steht. Traut man diesem Bericht, dann ist Unvermögen der Proponenten der Bildungspolitik, die Realität auch dann angemessen wahrzunehmen, wenn dies eher dem Blickwinkel des politischen Gegners entspricht, eines der Hauptprobleme im Bildungsbereich. Es fällt schwer zu glauben, dass die ideologischen Scheuklappen in allen Bereichen des politischen Spektrums tatsächlich einen größeren Stellenwert und eine stärkere Kraft besitzen als der Wille, alles zu tun, um Kindern und jungen Menschen wenigstens die grundlegenden Kulturtechniken zu vermitteln und sie dazu anzuhalten, sich an die Regeln einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu halten. Das nun schon über zwei Jahrzehnte währende Gezerre um die Einführung eines Ethikunterrichts zeugt exemplarisch von diesem Unwillen.

Durch diese Machtkämpfe, ausgetragen auf den Rücken der Schüler und Lehrer, werden nicht nur vorhandene Defizite verstärkt, sondern auch den verhängnisvollen und immer wieder beklagten Tendenzen zum Zerfall der Gesellschaft in tribalistische Strukturen Vorschub geleistet. Schule ist bislang der einzige Ort, an dem Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten und mit unterschiedlichen sprachlichen und religiös-weltanschaulichen Herkünften und Hintergründen lernen können, was es heißt, sich trotz aller Differenzen auf ein gemeinsames Leben zu einigen. Wird dieses Vermögen von Schule mutwillig durch eine geblendete und verblendete

Machtpolitik aufs Spiel gesetzt, die eine Separierung und Abschottung unterschiedlicher Gruppen bis hin zur Formierung von Parallelgesellschaften akzeptiert, womöglich befördert, geht mehr verloren als nur ein Platz im Mittelfeld beim nächsten Pisa-Ranking.

Konrad Paul Liessmann, Wien, Dezember 2019

Konrad Paul Liessmann ist Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien, Essayist und Kulturpublizist. Er gehört zu den bekanntesten Intellektuellen Österreichs und hat mehrfach das Bildungsministerium beraten. In zahlreichen Büchern hat er sich kritisch mit dem österreichischen Bildungssystem auseinandergesetzt, darunter „Theorie der Unbildung: Die Irrtümer der Wissensgesellschaft“ und „Bildung als Provokation“.

EINLEITUNG

Nach dem Erscheinen des Buches „Kulturkampf im Klassenzimmer“ im September 2018 änderte sich in meinem beruflichen wie privaten Leben so ziemlich alles. Mein Schritt an die Öffentlichkeit war, wie mir die zahlreichen privaten und vertraulichen Gespräche mit Lehrern, Direktoren und Schülern im Zuge der Veröffentlichung gezeigt haben, mehr als überfällig, und er war durchdacht. Ich bereue nichts, auch wenn es manchmal nicht leicht war.

Meine Kollegen und Schüler bedauerten meinen Wechsel von der Schule in die Ombudsstelle für „Wertefragen und Kulturkonflikte“ ins Bildungsministerium. Sie wünschten mir Glück und Durchhaltevermögen. Viele Kollegen, mit denen ich auch befreundet bin, äußerten die Hoffnung, dass ich als Ombudsfrau an diesem starren Schulsystem zumindest ein wenig verändern kann.

Der Abschied von den Schülern war berührend. Eine vierte Klasse der NMS, die ich in Deutsch und Musik unterrichtete, bereitete mir ein tolles, emotionales Abschiedsgeschenk. Das Bild mit vielen Fotos von uns hängt jetzt in meinem Büro im Ministerium. Mit einigen Schülern bin ich noch immer in Kontakt. Es berührt mich sehr, dass sie nie den Verdacht hatten, ich würde sie oder ihre Herkunft kritisieren. Einige wünschten mir zum Abschied Mut: „Kämpfen Sie für uns, aber passen Sie auf sich auf.“ Andere fragten mich, ob ich denn keine Angst vor den Leuten da auf der Straße hätte. Einen Punkt stellten

sie aber erneut klar: „Wir werden uns niemals gegen unsere Eltern stellen.“

Die Schüler der benachbarten Volksschule fragten mich wiederum ganz fröhlich: „Du warst im Fernsehen und in der Zeitung. Bist du die Frau des Bürgermeisters?“ Als ich verneinte, kam die erstaunte Reaktion: „Was machst du dann im Fernsehen? Du bist doch eine Lehrerin.“ Diese Kinder und Jugendliche haben eine Fähigkeit, die uns Erwachsenen verloren gegangen ist oder die wir vielleicht nie hatten: Sie sind ehrlich, sagen, was sie denken, sie sind authentisch.

Es sind diese Gespräche mit den Schülern, die mir sehr fehlen. Außerdem vermisse ich den täglichen Austausch im Lehrerzimmer. Der Alltag an einer „Brennpunktschule“ verbindet Lehrer und Schüler sehr stark. In diesem einen Jahr als Leiterin der Ombudsstelle wurde mir klar: Auch nach dreißig Jahren im Schuldienst liebe ich die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen noch immer. Sie ist unglaublich spannend, sinnstiftend und erfüllend – so anstrengend sie auch ist.

Im vergangenen Jahr bekam ich nicht nur Einblick in Österreichs Brennpunktschulen, sondern auch in die Welt der Politik, besonders in die Arbeit des Bildungsministeriums. Ich führte Gespräche mit Politikern aller Parteien. Vom damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz über den damaligen SPÖ-Vorsitzenden Christian Kern, die NEOS-Vorsitzende Beate Meisl-Reisinger, den ehemaligen FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache sowie den Liste-Jetzt-Gründer Peter Pilz. Sie alle wollten mehr über meine Erfahrungen als Lehrerin und meine Ansätze zur Verbesserung der Situation erfahren. Die Gespräche waren intensiv.

Vereinnahmen ließ ich mich von keinem dieser Politiker, obwohl es Versuche dazu gab. Die persönlichsten und offensten Gespräche führte ich mit Christian Kern und der ehemaligen SPÖ-Bildungsministerin Sonja Hammerschmid. Nicht verwunderlich, war die Sozialdemokratie doch meine politische Heimat. Beiden waren die Probleme gerade mit muslimischen Schülern und der Einfluss des politischen Islam bewusst. Als ich erwähnte, dass sozialdemokratische Politiker Wiens gerade in diesem Punkt hartnäckig wegschauen, kam kein Widerspruch. Christian Kern bestätigte mir, dass er meinen Schritt an die Öffentlichkeit und den Widerstand in den eigenen Reihen sehr gut nachvollziehen könne. Die Gespräche mit dem damaligen Parteivorsitzenden der SPÖ haben mich am meisten bewegt. Die Zerrissenheit in der sozialdemokratischen Partei war offenbar nicht nur für mich, als ehemalige Funktionärin eines Wiener Bezirks, erdrückend. Sie betraf und betrifft vor allem die Spitze der Partei.

Besonders deutlich wird diese Zerrissenheit am Beispiel des sehr intensiv diskutierten Kopftuchverbots an Volksschulen. In persönlichen Gesprächen stehen viele Sozialdemokraten und Grüne diesem Verbot positiv gegenüber, öffentlich spricht man sich aber dagegen aus: weil es nicht der Parteilinie entspricht und man dem politischen Gegner nicht recht geben dürfe. Öffentlich sagt man das aber natürlich nicht. Stattdessen argumentiert man mit der Religionsfreiheit, die es zu verteidigen gelte. Die Religionsfreiheit der Eltern selbstverständlich, denn kein Mädchen entscheidet sich in diesem Alter selbst dafür, sich zu verschleiern. Das war jedem Sozialdemokraten wie auch Politiker der Grünen, mit dem ich Kontakt hatte, klar.

Im Gegenzug betonte praktisch jeder konservative Politiker, dass die Veränderungen in unserer Gesellschaft neue Antworten erfordern, gerade auch in der Bildung.

Niemand sprach sich gegen einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle aus. Aber man sei der katholischen Kirche und dem damaligen Koalitionspartner FPÖ verpflichtet und dürfe daher den konfessionellen Religionsunterricht nicht schwächen. Dieses Argument habe ich nie verstanden, denn schließlich geht es nicht um eine Entscheidung zwischen Religionsunterricht oder Ethikunterricht, sondern um ein Nebeneinander dieser beiden Fächer.

Die Zwänge, denen Politiker unterliegen, wurden mir durch diese persönlichen Begegnungen sehr bewusst. Sie sind in vielen Bereichen ohnmächtig und nur ihrer Partei verpflichtet. Wenn ich nach diesen Terminen zu Fuß nach Hause ging und über das Gespräch nachdachte, kam oft ein Gefühl von Mitleid in mir hoch. Doch das ist natürlich Blödsinn. Jeder Politiker weiß, was er tut, er handelt, wenn auch nicht aus persönlicher Überzeugung, so doch zumindest aus parteipolitischer Pflicht. Und genau hier liegt das Problem: denn Ideologie und Parteipolitik bringen das Land nicht voran. Sie blockieren, schränken ein oder schaden. Das Ergebnis ist eine Bildungspolitik, die seit Jahren auf der Stelle tritt, während sich die sozialen, kulturellen und religiösen Probleme in allen österreichischen Schulen - wenn auch mit unterschiedlicher Intensität - verschärfen.

Meine Freunde und Familie scherzten darüber, wen ich denn nun wieder getroffen hätte. Natürlich musste ich manchmal auch über mich selbst schmunzeln, doch meine Erkenntnisse aus diesen Gesprächen fand ich keineswegs witzig. Ich war auch in keiner Weise stolz oder geschmeichelt, einen berühmten Politiker getroffen zu haben. Dieser Einblick in die Welt der Spitzenpolitik hat mich nicht beeindruckt, sondern ernüchtert. Am liebsten

hätte ich jedem meiner Gesprächspartner „Sag doch endlich einmal offen, was du wirklich denkst“, entgegengeschleudert. Alle Spitzenpolitiker, mit denen ich gesprochen habe, sind in den wesentlichen Punkten, was in der Integrationspolitik schief läuft und wo man ansetzen sollte, nicht weit voneinander entfernt. Bleibt die Frage: Weshalb passiert nichts?

Von Gewerkschaftern wurde ich naiv genannt. So funktioniere Politik. Mag sein. Aber so wird man den Herausforderungen und Problemen in unseren Klassenzimmern nicht gerecht. Im Gegenteil: Man trägt dazu bei, dass sich die Situation Tag für Tag verschlimmert. Wer nur aus parteipolitischer Taktik handelt, dem fehlt jegliches Verantwortungsbewusstsein.

Der stärkste Zwang kommt immer aus den eigenen politischen Reihen. Das ist ernüchternd.

Genauso ernüchternd waren die Versuche, mich parteipolitisch zu vereinnahmen. Ob es nun ehemalige Gewerkschaftskollegen waren oder das Kabinett des Ministers. Wenn man in Österreich politisch tätig ist - und dies ist man auch als Leiterin einer Ombudsstelle - muss man sich parteipolitisch irgendwo einordnen. Das Schlimmste, was passieren kann, ist, nirgendwo zugehörig zu sein. Das wurde mir oftmals mitgeteilt. Und es ist tatsächlich nicht angenehm. Aber die Ombudsstelle sollte parteipolitisch neutral sein. Das war eine absolute Bedingung für mich. Ohne diese Zusicherung hätte ich deren Leitung nicht übernommen. Sie soll Missstände aufzeigen und die Politik dazu bewegen, notwendige Reformen einzuleiten. Dass an dieser Unabhängigkeit immer wieder gerüttelt wurde, war ein Grund für dieses Buch.

Als Beamtin werde ich vom Steuerzahler bezahlt. Ich bin also dem Staat verpflichtet und nicht einer bestimmten

Partei. Ich weiß nicht, wie oft ich das im Gespräch mit Beamten des Ministeriums erwähnte. Manche waren durchaus überrascht von dieser Aussage – obwohl es auf sie im gleichen Maße zutrifft. Wir sind Staatsdiener und keine Parteidiener. Die überraschten Blicke haben mich amüsiert und verärgert.

Zu den meisten meiner Genossen aus der Gewerkschaft besteht kein Kontakt mehr. Offensichtlich habe ich sie – wie auch Menschen aus meinem privaten Umfeld – vor den Kopf gestoßen. Das kann ich verstehen, dennoch würde ich meine Kritik genauso wieder äußern. Die sogenannten Linken sollten sich dringend den Realitäten in unserer Gesellschaft widmen. Ein Schulsystem mit veralteten bürokratischen Strukturen und Ideologien aus den 1970er Jahren kann den heutigen Anforderungen nicht gerecht werden. „Wir machen eine Gesamtschule, und das Problem ist gelöst“, oder „Wir lassen den Eltern die Wahlfreiheit, ob Nachmittagsbetreuung oder nicht“ sind veraltete Ideologien, mit denen keine Schulentwicklung möglich sein wird.

Die Diskussion, die nach der Veröffentlichung des Buches „Kulturkampf im Klassenzimmer“ entstand, war wichtig und hat so manchen Verantwortlichen vielleicht ein wenig zum Nachdenken angeregt. Zum Umdenken hat es niemanden in der Politik motiviert. Es ist mir klar, dass dies – wenn überhaupt – nur sehr langsam gelingen wird. Doch uns bleibt keine Wahl. Und auch keine Zeit. Wir müssen unsere Zugänge fundamental ändern, wenn wir den Kollaps unseres Bildungssystems verhindern wollen. Die Erfahrungen, die ich als Leiterin der Ombudsstelle im vergangenen Jahr gesammelt habe, und die Einblicke, die ich erhalten habe, haben meine Befürchtungen, wie es um unsere Schulen bestellt ist, leider noch übertroffen.

Deshalb habe ich mich entschlossen, ein zweites Buch zu schreiben. Ich möchte aufzeigen, wie unser parteipolitisches System jegliche Reformen verhindert und wie wir in der Integration weiterhin auf der Stelle treten. Die Rolle der Bildungspolitiker, Eltern, Lehrer, Schulleiter und auch der Religionsgemeinschaften muss viel offener diskutiert werden. Tun wir das nicht, geben Menschen den Ton an, die nicht an Lösungen interessiert sind. Denn sie schreien einfach lauter.

DIE OMBUDSSTELLE: VOM KLASSENZIMMER INS MINISTERIUM

Mit dem Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer“ wollte ich aufrütteln und die Probleme bei der Integration, vor allem muslimischer Schüler, aufzeigen. Im Zentrum standen für mich nicht die intensiven Diskussionen, die das Buch auslöste, sondern vor allem die Suche nach Lösungen: Lösungen, die mehr Chancen für unsere Jugend bedeuten. Diese Möglichkeit bekam ich Ende 2018, als mir der damalige Bildungsminister Heinz Faßmann anbot, ab Februar 2019 eine Ombudsstelle für Wertefragen und Kulturkonflikte zu leiten. Zu Weihnachten 2018 entschloss ich mich, das Angebot anzunehmen. Ein Jahr lang reiste ich im Auftrag des Ministeriums per Bahn durchs Land, besuchte Schulen und führte Gespräche mit Lehrern, Leitern und Verantwortlichen in den Bildungsdirektionen, um einen besseren Einblick in Österreichs Brennpunktschulen zu bekommen. Natürlich stieß dies nicht überall auf Zustimmung und Unterstützung.

Wie erwartet gab es Kritik an meiner Person: Ich sei nicht qualifiziert genug, um das Thema Integration zu beurteilen. Ich sei mediengeil, an Geld interessiert und sowieso eine vom Leben enttäuschte und ausgebrannte Lehrerin. Deshalb hätte die damalige türkis-blaue Regierung mich auch so leicht vereinnahmen können. Zu dieser Analyse kamen ausschließlich Personen, die im Umfeld „linker“ Parteien zu Hause sind. Das erstaunlichste Argument gegen die Ombudsstelle war, dass meine Schule

ein Einzelfall sei. An Schulen mit engagierten Lehrern würde Integration ohnehin wunderbar funktionieren, und dies sei schließlich die überwiegende Mehrheit.

Wie ich im vergangenen Jahr erlebt habe, ist das Gegenteil der Fall. Ja, in Wien ist die Situation in einigen Bezirken besonders dramatisch, aber die integrationspolitischen Schwierigkeiten, die es an Wiener Brennpunktschulen gibt, gibt es an allen österreichischen Schulen in Ballungsräumen mit einem ähnlich hohen Anteil an muslimischer Schülerschaft.

Der Hauptgrund dafür, dass ich mich zu einem Wechsel vom Klassenzimmer ins Ministerium entschieden habe, war, dass ich wissen wollte, inwiefern sich die kulturellen, sozialen und finanziellen Probleme an Österreichs Brennpunktschulen ähneln, mit welchen bürokratisch-organisatorischen Hürden und inhaltlichen Herausforderungen die Lehrer in anderen Bundesländern konfrontiert sind und warum sich in unserem Schulsystem seit Jahrzehnten keine echten Reformen durchführen lassen. Viele Lehrer, Schulleiter, Sozialarbeiter und Eltern von Schülern unterstützten mich in meiner Entscheidung, die Stelle anzunehmen: „Vielleicht kannst du endlich auf unsere Probleme aufmerksam machen, sonst hört eh niemand zu“, hofften sie.

Darüber hinaus interessierte mich, wie diese „heiligen Hallen“ des Bildungsministeriums tatsächlich funktionieren. Egal welcher Partei der Minister und sein Kabinett angehören: Unter Lehrern ist das Ansehen der vorgesetzten Behörde nicht wirklich hoch. Viele Lehrer und Direktoren beklagen, dass in dieser Behörde sehr häufig weltfremde und praxisferne Entscheidungen getroffen werden; Entscheidungen und Vorgaben, die völlig an den Bedürfnissen der Schüler vorbeigehen. Ob dies nun die

Einführung der Neuen Mittelschule, der Deutschförderklassen oder die Fülle an Testungen bis hin zur Zentralmatura betrifft: Mit dem, was viele Schüler wirklich brauchen, haben diese Neuerungen nicht viel zu tun. Die Leitung der Ombudsstelle gab mir die Gelegenheit, tiefere Einblicke in dieses System zu gewinnen. Warum herrscht so eine große Kluft zwischen dem, was Schüler und Lehrer brauchen, und den Vorstellungen der Bildungsexperten im Ministerium? Liegt es am mangelnden Engagement der Lehrer, dass sich die Leistungen der Schüler an Brennpunktschulen kaum verbessern? Sind Lehrer rassistisch und islamophob, wenn sie von Problemen mit muslimischen Schülern erzählen? Wie viel Verantwortung tragen das Elternhaus und das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen? Inwieweit und warum versagt hier das österreichische Schulsystem? Und wie könnte man die Situation verbessern?

Im Ministerium waren alle sehr neugierig, wer diese neue Leiterin der Ombudsstelle ist, denn sie kannten mich nur als Buchautorin und aus diversen Interviews. Bei den ersten Gesprächen fiel sehr schnell auf, dass sich zwar alle große Sorgen um die Schulen machen, egal ob das die sprachlichen Defizite, die kulturellen Auseinandersetzungen oder das erschreckend schlechte Unterrichtsniveau war. Nahezu alle wissen: Vieles läuft nicht so, wie es sollte. Doch vielen fehlt der Einblick in die Schulrealität. Was im Klassenzimmer wirklich vor sich geht und was gebraucht wird, wissen im Ministerium die wenigsten. Daher profitieren die Lehrer und Schüler vor Ort auch nur äußerst selten von den diversen ministeriellen Maßnahmen und Aktionen. Dass das so ist, liegt allerdings auch nur zum Teil an der mangelnden Praxiserfahrung vieler Ministeriumsmitarbeiter. Sie geben ihr Bestes, aber auch sie sind Teil des Systems. Alle sind in diesem Apparat

aus Ideologie, Machtstreben und Parteipolitik gefangen. Viele im Ministerium erhofften sich durch mich einen praxisnahen und ideologiefreien Einblick ins Klassenzimmer. Für die Experten war ich quasi das Bindeglied zur Schulwelt. Dass das Kabinett hauptsächlich erwartete, durch mich Argumente für ihre parteipolitischen Positionen und Forderungen zu erhalten, konnte ich zu Beginn meiner Tätigkeit noch nicht erkennen. Es sollte aber nicht lange dauern, bis dieser Machtkampf im Ministerium ausbrach.

Das Bildungsministerium erscheint von den Problemen an den Schulen entkoppelt. Zwischen der Realität im Klassenzimmer und den theoretischen Überlegungen im Ministerium klafft eine Lücke, die immer größer wird. Es ist, als hätten wir zwei Welten: auf der einen Seite die Schulen mit sehr spürbaren Konflikten und Herausforderungen, und auf der anderen Seite die oberste Bildungsbehörde des Landes mit unzähligen Arbeitsgruppen und Expertenrunden, die theoretisch-abstrakt über Dinge nachdenken, die sich schneller und anders entwickeln, als es in diesen Runden nur annähernd diskutiert wird. Beide Welten haben immer weniger miteinander zu tun. Es fehlt nicht nur der praktische Bezug, sondern auch der ideologiefreie Zugang.

Dieses Defizit spiegelt sich deutlich in den vielen Hochglanzbroschüren wider, die an allen Schulen verteilt und in denen die Reformen, wie sie es nennen, zusammengefasst werden. Manchmal erhalten sie nur die Direktionen, manchmal alle Lehrer. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Wer auch immer diese Informationen erhält, sie landen sehr oft im Müll. Es gibt für alles Broschüren: von Empfehlungen für den Sportunterricht über kindgerechten Unterricht, gesunde Ernährung,

Radikalisierung, Sprachförderung, Musikerziehung, Bildnerische Erziehung bis zu Wegweisern für die Kooperationen mit Betrieben. Entweder gehen viele dieser Informationen vollkommen an den Problemen, mit denen die Lehrer in den Schulen zu kämpfen haben, vorbei, oder es sind so viele Mitteilungen, dass sich niemand mehr auskennt.

Wie wirklichkeitsfremd diese Informationen teilweise sind, zeigt eine Broschüre mit inkludierten Spielkarten, die an alle Schulen verschickt wurde. Jugendliche sollten bestärkt werden, sich zu ihrer sexuellen Orientierung zu bekennen. Das Motto: „Lesbisch sein ist ganz normal. Sei mutig und steh dazu.“ Dies kann bestenfalls eine interessante Ergänzung sein. In Klassen, in denen die Mehrheit der muslimischen Mädchen nicht einmal einen männlichen Partner selbst wählen darf, geht so eine Broschüre völlig an der Realität vorbei. Es ist undenkbar für die Mädchen, einen Nicht-Muslim zu heiraten, ganz zu schweigen davon, ihren Eltern zu eröffnen, dass sie Frauen lieben.

Oft gibt es auch noch Arbeitsgruppen zu diversen Themen in den Bildungsdirektionen der Länder. Es läuft viel zu viel parallel. Und am Ende bekommen die Schulen dann alles auf den Tisch und sollen diese Maßnahmen, Empfehlungen oder Anordnungen umsetzen.

Nicht selten widersprechen die Mitteilungen einander auch noch. Die Sprachförderung ist dafür ein gutes Beispiel. In diesem Bereich wird ständig etwas verändert. Jede Regierung möchte zeigen, dass sie das beste Konzept hat. Aushalten und ausführen müssen es die Lehrer vor Ort, deren Arbeit durch die unzähligen Änderungen erschwert und manchmal sogar wieder zerstört wird. Jeder Politiker glaubt, es besser zu wissen. Dabei haben Sprachförderkonzepte nichts mit Ideologie zu tun, und sie

sollten auch nicht auf Legislaturperioden abgestimmt werden müssen. Was fehlt, ist ein größeres Konzept, auf das man sich parteiübergreifend verständigt.

Bei uns findet genau das Gegenteil statt. Je nachdem, welche Partei in der Regierung und in der Bildung gerade das Sagen hat, deren Vorstellung wird in den Arbeitsgruppen umgesetzt. Ja, so funktioniert unser politisches System. Aber so funktioniert keine Sprachförderung. Natürlich müssen die gewählten Volksvertreter gestalten, dafür sind sie gewählt. Aber ich bezweifle, dass jemand einer Partei dezidiert seine Stimme gibt, weil diese eine bestimmte Sprachförderung umsetzen möchte. Die Bildungskonzepte der Parteien sind zu sehr ideologisch motiviert und berücksichtigen zu wenig die tatsächlichen Entwicklungen in unseren Schulen.

Zum Wettstreit der Ideologien kommt das Geschacher um Posten. Um Fragen, wie unsere Schulen für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen vorbereitet werden, geht es eigentlich nie. Es geht um Posten, Macht und die eigene Karriere. Da bei jedem Regierungswechsel Personen der Vorgängerregierung untergebracht werden müssen, wachsen die Abteilungen im Ministerium kontinuierlich. Ich habe manchmal gestaunt, wie gut sich die Leute tatsächlich verstehen, wenn es darum geht, die Posten auszuhandeln, obwohl sie politisch erbitterte Feinde sind. Wenn es um Posten geht, dann ist man „lösungsorientiert“, nach dem Motto: „Ich übernehme diesen Bereich, und du bekommst dafür diesen Posten.“ Wie geschmiert dieses System zwischen Rot und Schwarz läuft, hat mich schon irritiert. Denn auf der anderen Seite blockiert man sich gegenseitig, ohne dies inhaltlich sinnvoll zu finden. Dann sind parteipolitische Überlegungen wieder wichtiger als inhaltliche. Es ist absurd. Für den

Steuerzahler verursacht das aufgrund eines aufgeblähten Verwaltungsapparats unnötige Kosten. Für Lehrer und Schüler bewirkt es ein inhaltliches Chaos.

Eine sehr große Kluft herrscht zwischen dem Kabinett im Bildungsministerium und den Bildungsdirektionen der Länder, besonders wenn sie parteipolitisch unterschiedlich „gefärbt“ sind. Dieses zunehmend feindselige Konkurrenzverhältnis ist eine der Hauptursachen für das organisatorische und inhaltliche Chaos an unseren Schulen. In der obersten Führungsebene dieser Abteilungen tobt ein parteipolitischer Machtkampf, ausgetragen auf dem Rücken von Lehrern und Schülern. Besonders ausgeprägt ist diese Auseinandersetzung zwischen dem Bund und der roten Bildungsdirektion in Wien. Teilweise werden Vorgaben aus dem Ministerium gefiltert und nur jene Hinweise weitergeleitet, die ideologisch genehm sind. So wurden Wiener Pflichtschulen, als es um die Studie zum sozialen Klima in Österreichs Schulklassen ging, gezielt nicht oder sogar falsch informiert. Die Studie wurde als „Bespitzelungsinstrument“ des Ministeriums dargestellt. Als eine Umfrage der Wiener Bildungsdirektion zu den Deutschklassen an Pflichtschulen gemacht wurde, war die Angabe der Mailadressen von Lehrern hingegen kein Problem. Dieser Umstand war sowohl der Wiener Bildungsdirektion wie auch der sozialdemokratischen Lehrgewerkschaft bekannt. Es war aber wichtiger, seinem politischen Gegner die Stirn zu bieten, als fundierte Informationen über die soziale Situation in unseren Schulen zu erarbeiten.

Dass nur unzureichend oder sogar falsch informiert wird, ist offenbar kein Einzelfall. Ich erinnere mich an eine Aussage des Generalsekretärs im Ministerium, als er die Bildungsdirektoren ausdrücklich darauf hinwies, die